

PPP-Newsletter Nr. 9/2010 des BWI-Bau vom 19.05.2010

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Stadt Königswinter.** Dach- und Fassadensanierung an Schulen.
Im *PPP-Newsletter 6/2010 vom 01.04.2010* hatten wir auf die PPP-Ausschreibung der Stadt Königswinter zur Sanierung des Schulzentrums Königswinter-Oberpleis hingewiesen. Diese Ausschreibung ist annulliert und am 15.05.2010 in geänderter Fassung neu veröffentlicht worden. Der Auftragnehmer soll weiterhin die erforderlichen Sanierungsarbeiten am Schulzentrum planen und ausführen und für einen Zeitraum von bis zu 30 Jahren die Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten der durch ihn sanierten Gebäudeteile erbringen (Gesamtkosten: ca. 6 – 8 Mio. Euro). Zudem soll der Auftragnehmer das Recht erhalten, auf den Dächern Photovoltaik-Anlagen zu installieren und zu nutzen.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 28.5.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:141618-2010:TEXT:DE:HTML>
- **SüdWestStrom Windpark GmbH & Co. KG.** Offshore Windpark.
Planung, schlüsselfertige Errichtung, Betrieb, Wartung und Finanzierung (mind. 75%) eines Offshore Windparks in den Gewässern der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone mit mindestens 80 Windturbinen und einer erwarteten Gesamtleistung von mindestens 400 MW einschließlich der erforderlichen Infrastruktur (insbesondere Transformer Plattform und Verkabelung). Darüber hinaus soll ein Spezialschiff für die Errichtung und Wartung des Windparks zum Erwerb angeboten werden.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 3.6.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:142686-2010:TEXT:DE:HTML>
- **Landkreis Ebersberg.** Realschule.
Planung, Bau sowie Instandhaltung und Bewirtschaftung einer Realschule für ca. 375 Schüler sowie einer 2-Feld-Sporthalle in der Gemeinde Poing im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP / PPP). Die Bauendfinanzierung sowie die Bauzwischenfinanzierung in Form von Abschlagszahlungen zu vereinbarten Terminen und vereinbartem Leistungsstand übernimmt der Auftraggeber.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 7.6.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:136358-2010:TEXT:DE:HTML>
- **Landeshauptstadt Kiel.** Berufsschule.
Planung, Finanzierung, schlüsselfertige Errichtung und Betrieb (25 Jahre) eines Neubaus (ca. 8.000 m² NF, inkl. Mensa) am Standort des Regionalen Berufsbildungszentrums (RBZ) Wirtschaft, Am Ravensberg in Kiel, im Rahmen einer PPP.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 10.6.2010.
Quelle: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:130124-2010:TEXT:DE:HTML>

Zuschlagserteilungen

- **Land Niederösterreich.** Umfahrung Maissau.
Ein Konsortium aus der **HABAU Unternehmensgruppe** (Perg) und der **Gebrüder Haider Bauunternehmung GmbH** (Großraming) hat den Zuschlag für das PPP-Modell Maissau bekommen. Das Projekt umfasst Planung, Bau und Projektfinanzierung der Umfahrung Maissau sowie die bauliche und teilweise betriebliche Erhaltung über 27,5 Jahre. Das 81,5 Mio. Euro Projekt wurde als erstes PPP-Projekt des NÖ-Straßendienstes vergeben.
Quelle: <http://www.noen.at/redaktion/n-hol/article.asp?Text=333448&cat=339>

Weitere Informationen

- **PPP-Task Force NRW.** Leitfaden „Finanzierungspraxis bei ÖPP“.
Die PPP-Task Force NRW hat einen Leitfaden unter dem Titel "Finanzierungspraxis bei ÖPP" veröffentlicht. Er wurde in Zusammenarbeit mit der NRW.BANK und der Investitionsbank Schleswig-Holstein erstellt. Der Leitfaden orientiert sich an den PPP-Projektphasen (vom Eignungstest bis zur Betriebsphase) und behandelt die in jeder Phase anstehenden Finanzierungsaspekte. Checklisten und konkrete Beispiele in der Handhabung sollen die Projektarbeit erleichtern. Zum Download unter:
<http://www.ppp.nrw.de/>



- **Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.** Regierungserklärung zum PPP-Projekt Schulen.
Das PPP-Projekt der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Planung, Sanierung/Neubau, Finanzierung und Teilbetrieb von insgesamt 8 Schulen in Eupen) war am 19. April 2010 Gegenstand einer Regierungserklärung und einer Vertrauensfrage (wegen der langfristigen Auswirkungen auf die Finanzsituation der Gemeinschaft). Das Projekt wurde bereits Anfang 2008 ausgeschrieben (vgl. *PPP-Newsletter 2/2008 vom 25.01.2008*), das Vergabeverfahren ist aber immer noch nicht abgeschlossen. Derzeit wird mit den beiden bestplatzierten Bietern verhandelt; der präferierte Bieter soll voraussichtlich im September 2010 ausgewählt werden. Regierungserklärung zum Download: [http://www.dglive.be/PortalData/2/Resources/downloads/staat_gesellschaft/divers/Regierungserklaerung_20100419 - PPP_DEF.pdf](http://www.dglive.be/PortalData/2/Resources/downloads/staat_gesellschaft/divers/Regierungserklaerung_20100419_-_PPP_DEF.pdf)
- **Dissertation.**
 - **Marcel Maximilian Wiggert:** Risikomanagement von Betreiber- und Konzessionsmodellen.
Schriftenreihe des Instituts für Baubetrieb und Bauwirtschaft der TU Graz Band 29; Oktober 2009, 422 S., ISBN 978-3-85125-073-2 | Verlag d. Technischen Universität Graz. Mehr Infos: <http://www.baufachinformation.de/artikel.jsp?v=233686>
- **Führungskräfte Forum.** Präsentationen.
Am 4. Mai 2010 fand in Weimar ein Führungskräfte Forum „Public Private Partnership“ statt. Präsentationen zum Download unter: <http://www.fuehrungskraefte-forum.de/index.php?menu=2010/ppp2>
- **Initiative Pro Mobilität.** Finanzierung des deutschen Fernstraßennetzes.
Im Rahmen der Reihe „Wirtschaftsgespräche am Tiergarten“ richtete die Initiative Pro Mobilität gemeinsam mit der Landesvertretung Baden-Württemberg am 6. Mai 2010 eine Fachveranstaltung zum Thema „Finanzierung des deutschen Fernstraßennetzes“ in Berlin aus. Vorträge und Statements der Referenten zum Download unter: http://www.promobilitaet.de/veranstaltungen/doku_100506.html
- **Allen & Overy.** Global Guide to Public-Private Partnerships (PPP).
Die internationale Anwaltskanzlei Allen & Overy hat einen Überblick über weltweite PPP-Märkte erstellt. Der Leitfaden stellt die Rahmenbedingungen, die Vertragsstrukturen, die Anwendungsbereiche etc. von PPP in 20 Ländern Europas, Asiens und Amerikas vor. Ansicht und Bestellung unter: <http://www.allenoverly.com/AOWEB/Knowledge/Editorial.aspx?contentTypeID=1&contentSubTypeID=7944&prefLangID=410&itemID=55199&langID=410>

Veranstaltungshinweis

- **Workshop „Erfolgsfaktoren für ÖPP-Projekte“.**
Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie veranstaltet gemeinsam mit der DKC Deka Kommunal Consult am **10. Juni 2010** um 14.00 Uhr in Berlin einen Workshop zum Thema "Erfolgsfaktoren für ÖPP-Projekte". Programm und Anmeldung finden Sie unter folgendem Link: <http://www.ppp-plattform.de/index.php?page=230&article=2229#>

PPP-Portal

- **PPP-Musterverträge.**
Auf unserer Internetseite <http://www.ppp-portal.de/> bieten wir Ihnen Zugang zu PPP-Musterverträgen, die Sie – abschnittsweise oder in Gänze – für Ihre eigenen geplanten PPP-Projekte nutzen und übernehmen können. Für Öffentliche Auftraggeber ist der Zugang (nach vorhergehender Registrierung) kostenfrei. Von anderen Nutzern wird ein Jahresbeitrag in Höhe von 150,-- Euro (netto) erhoben.

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
E.Paulsen@BWI-Bau.de
<http://www.BWI-Bau.de>



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **OLG Celle, Beschluss vom 26.04.2010 - 13 Verg 4/10**
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2894>

Ausschreibung von Beratungsleistungen für PPP-Projekte

Das Land Niedersachsen schrieb am 18. Dezember 2009 technische, wirtschaftliche und juristische Beratungsleistungen für die Beschaffung eines Neubaus für das Landeskriminalamt im Modell eines ÖPP europaweit aus. Darin erklärt es u. a., dass beabsichtigt sei, die wirtschaftliche, technische und juristische Beratung an einen Gesamtberater zu vergeben. Die Antragstellerin, eine Rechtsanwaltskanzlei, rügte die beabsichtigte Gesamtvergabe als mittelstandsfeindlich. Ihrer Auffassung nach sei es möglich, die drei Beratungsleistungen zu trennen und unabhängig voneinander zu beauftragen. Bei der juristischen Beratungsleistung handele es sich um ein eigenständiges Fachlos.

Die VK Niedersachsen wies mit Beschluss vom 25. März 2010 den Nachprüfungsantrag zurück. Der Vergabesenat wies den Antrag auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung der sofortigen Beschwerde gem. § 118 Abs. 1 Satz 3 GWB zurück. Zur Zulässigkeit des Nachprüfungsantrags erklärte der Vergabesenat zunächst, dass ein Verstoß gegen das in § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB formulierte Gebot der Unverzögerlichkeit den Nachprüfungsantrag nicht unzulässig mache (vgl. OLG Celle, Beschluss vom 4. März 2010 - 13 Verg 1/10).

Unabhängig von dem Grundsatz der Auftragsteilung stehe es aber jeder Vergabestelle frei, die aususchreibende Leistung nach ihren individuellen Vorstellungen zu bestimmen und nur in dieser – den autonom bestimmten Zwecken entsprechenden - Gestalt den Wettbewerb zu eröffnen. Denn der konkrete Beschaffungsgegenstand werde nicht durch das Vergaberecht bestimmt, weshalb von vornherein eine Losaufteilung dort ausscheiden muss, wo sie schlechterdings für das Projekt keinen Sinn mehr macht. Die Vergabestelle wolle solchen Sachverstand beschaffen, mit dem die wesentlichen Schnittstellen des Projektes aufgezeigt und die unterschiedlichen rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Optionen in ihrer Abhängigkeit bewertet und analysiert werden. Es gehe ihr gerade um den interdisziplinären "Managementaufwand". Dem gegenüber setze eine in Lose unterteilte Vergabe bereits voraus, dass sie sich für ein bestimmtes ÖPP-Modell entschieden habe, weil sie nur in diesem Fall einzelne Beratungsleistungen den verschiedenen "Gewerken" zuordnen könnte. Eine solche Festlegung ist vorliegend ausweislich der Vergabeakten indes noch nicht erfolgt. Bei funktionaler Betrachtung würde die Vergabestelle daher bei der getrennten Vergabe von wirtschaftlichen, technischen und rechtlichen Fachlosen eine andere Leistung vergeben, als sie vorliegend ausgeschrieben hätte. Sie erhielte kein Gesamtkonzept, sondern lediglich Teilleistungen, ohne dass gewährleistet sei, dass diese inhaltlich mit den anderen Teilleistungen zu einem Gesamtkonzept zusammen gefügt werden könnten. Daran würde auch die Vergabe eines weiteren, die Koordinierung betreffenden Fachloses nichts ändern.

Im Ergebnis ist die Entscheidung zutreffend. Allerdings ist die in jedem Verfahren übliche Unbestimmtheit des konkreten ÖPP-Modells kaum ein ausreichender Grund, auf die isolierte Beschaffung der einzelnen Beratungsleistungen zu verzichten. Allerdings ist es eine mehrfach bestätigte Erfahrung in der Praxis, dass die getrennte Beauftragung von Beratern mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten und mit wenig oder gar keiner gemeinsamer Praxiserfahrung zu Friktionen im Verfahren und mithin zu Mehraufwand für die Vergabestelle führen kann.

Mütze Korsch Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

